UNION

Disput im Präsidium

Zwischen den Ministerpräsidenten der CDU und dem Kanzleramt knirscht es: Mehrere Länderchefs beschweren sich, dass sie nur ungenügend über Gesetzesvorhaben der Regierung informiert würden. Derartige Klagen wurden sowohl in der CDU-Präsidiumssitzung am vergangenen Montag als auch in der Vorbesprechung zur Bundesratsentscheidung über die Verlängerung der AKW-Laufzeiten vorvergangene Woche laut. Vor allem Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier, sein niedersächsischer Kollege David McAllister und Schleswig-Holsteins Regierungschef Peter Harry Carstensen verlangten, dass die CDU-geführten Länder künftig nicht erst unmittelbar vor Entscheidungen im Bundesrat konsultiert werden dürften. „Wir müssen früher und gründlicher einbezogen werden“, sagte McAllister am vergangenen Montag im Parteipräsidium. Unions-Fraktionschef Volker Kauder erwiderte, es könne nicht sein, dass die Länder einerseits früh beteiligt werden wollten, andererseits aber ihre Haltung erst in letzter Minute festlegten. Auslöser für den Disput war die AKW-Laufzeitentscheidung im Bundesrat. Die CDU-geführten Länder verlangten für ihr Ja finanzielle Zugeständnisse des Bundes. Durch vage Zusagen konnte Kanzlerin Angela Merkel in letzter Minute verhindern, dass die Länderchefs das Gesetz mit einem Vermittlungsverfahren verzögerten.



RETO KLAR

EUROPA

Mehr Macht für Milchbauern

EU-Agrarkommissar Dacian Cioloş will Milchbauern die Gründung überregionaler Kartelle erlauben. Das geht aus einem Vorschlag zur „Reform der Milchmarktordnung“ hervor, der an diesem Mittwoch von der EU-Kommission verabschiedet werden soll. Um mächtiger gegenüber Molkereien auftreten zu können, sollen Landwirte sich europaweit zu Erzeugerorganisationen zusammenschließen dürfen. Dadurch würden die Milchproduzenten in die Lage versetzt, mit den Abnehmern bessere Preise auszuhandeln. Bauernverbände kritisieren seit langem, dass sich die Milchproduktion wirtschaftlich nicht lohne, weil vor allem große Handelsketten Preisdumping betrieben. Die Reform von Agrarkommissar Cioloş sieht vor, dass sich Erzeuger zu Gemeinschaften zusammenschließen dürfen, die jeweils einen Marktanteil von maximal drei Prozent der gesamten EU-Milchproduktion erreichen. Durch den „unorthodoxen Vorschlag“, so ein Brüsseler Beamter, sollen weitere Subventionen vermieden werden. Die meisten Länder, darunter Deutschland, haben bereits ihre Zustimmung signalisiert. Nur Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia hat noch Vorbehalte.



Lafontaine, Ernst

MARC-STEFFEN UNGER

LINKE

Pariser Privilegien

Luxus für die Prominenz sorgte vergangene Woche für Ärger in der Delegation der Partei Die Linke bei einer Dienstreise nach Paris. Beim Kongress der Europäischen Linken in der französischen Hauptstadt wurden für den Ex-Vorsitzenden Oskar Lafontaine und den amtierenden Bundeschef Klaus Ernst zwei verschiedene Vier-Sterne-Hotels gebucht. Für die zwölfköpfige Delegation waren Doppelzimmer in einem Zwei-Sterne-Haus reserviert. Während die Delegierten sowie Ernst nahe dem Tagungsort nächtigten, lag Lafontaines Quartier mit Spa-Bereich beim Louvre. Ursprünglich geplant war auch, dass ein Dienstwagen aus Berlin nach Paris nachkommen sollte, die Fahrt wurde wegen des Winterwetters abgesagt. Verärgert waren Mitglieder der Delegation nicht nur über den teuren Klassenunterschied bei den Klassenkämpfern: Der Vorsitzende Ernst reiste als Gast, nicht als gewählter Delegierter an, beanspruchte aber Redezeit aus dem geringen Zeitpool, der den Deutschen zugeteilt worden war. Offiziell begründet wurde die Anwesenheit der beiden Spitzen-Linken mit dem Hinweis, dass Ernst als Bundesvorsitzender und Lafontaine als Leiter der Internationalen Kommission der Partei für die „Pflege der Kontakte zu anderen Parteien der Europäischen Linken“ zuständig seien.